

Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Gemeinde Gottmadingen am 3. April 2014 in der Halle in Bietingen

Die Sitzung fand auf schriftliche Einladung des Bürgermeisters vom 27. März 2014 statt.

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 21.20 Uhr

Anwesende: () - entschuldigt -

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Michael Klinger

Gemeinderäte: (Beyl Walter - entschuldigt -)
(Binder Daniel - entschuldigt -)
(Brachat Herbert - entschuldigt -)
Bronke Nadine
Buchholz Herbert
(De Felice Luigi - entschuldigt -)
Dreier Markus
Fahr Norbert
Fix Peter
Gassner Bernhard ab 18:50 Uhr während TOP 2
Geyer Joachim
Graf Kirsten - Urkundsperson -
Graf Wolfgang - Urkundsperson -
(Herberger Veronika - entschuldigt -)
Kipker-Preyß Claudia - Urkundsperson -
Koch Eberhard
(Koch Titus - entschuldigt -)
Mack Karl
Muffler Meinrad
Ruf Georg
(Ruh Christof - entschuldigt -)
Sauter Klaus
Sixta Silvia
(Vogler Peter - entschuldigt -)
(Wengert Katharina - entschuldigt -)

Verwaltung: Bamberg Thilo
Gramlich Urban
Hofmann Achim
Ley Andreas
Pingitzer Patrick
Reischmann Andreas - als Schriftführer -
Steinbrenner Florian



Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TAGESORDNUNG

1. Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Verkehrssituation Bietingen

- a) Antrag auf Sperrung der Zollstraße
- b) Situation Stockenweg

Der Vorsitzende begrüßt zunächst Herrn Wahl als beauftragten Fachingenieur.

Danach erinnert er an einen Antrag von Herrn Gemeinderat Graf auf Sperrung der Zollstraße. Die Diskussion sei also nicht neu, aber eben nie qualifiziert fortgesetzt worden. Deshalb habe man die Verkehrssituation nun grundlegend aufgearbeitet.

Herr Gemeinderat Muffler stellt die Frage nach der genauen Formulierung des Antrags von Herrn Gemeinderat Graf. Weiterhin stellt er die Frage, ob es heute bereits zu einer Entscheidung des Gemeinderats kommen müsse.

Der Vorsitzende erklärt, er habe den Antrag so verstanden, dass die Zollstraße gesperrt werden sollte. Man habe von Herrn Wahl hierzu alle möglichen Varianten untersuchen lassen.

Zur zweiten Frage erklärt er, falls aus der Mitte des Gremiums ein Antrag auf Vertagung gestellt werden sollte, wäre selbstverständlich eine Denkpause möglich.

Herr Gemeinderat Graf bezieht sich auf die letzte in Bietingen durchgeführte Gemeinderatssitzung. Damals habe er spontan den Antrag gestellt, die Zollstraße für einen begrenzten Zeitraum zu sperren, um Erfahrungen sammeln zu können, wie sich eine solche Sperrung auswirken würde. Bei der großen Straßenplanung im Zusammenhang mit dem Tunnelbau, habe man sich damals letztlich dazu entschieden, die Zollstraße nicht zu sperren, was er aus heutiger Sicht für einen Fehler halte.

Der Vorsitzende erläutert nochmals, Ziel der Verwaltung sei es jetzt gewesen, eine Grundlage zu schaffen, um die Thematik möglichst breit untersuchen zu können, so dass eine qualifizierte Beratung möglich werde.

Vorab informiert der Vorsitzende noch über ein Thema, welches Herrn Wahl in seiner folgenden Präsentation nicht ansprechen werde. Es gehe nämlich um Überlegungen, auch die Flächen südlich der B 34 einer Nutzung im Sinne des neuen Gewerbegebietes zuzuführen. Vor allem denke man an Büronutzungen.

Wegen der Verkehrsanbindung habe man mit den Verkehrsbehörden intensive Diskussionen geführt, weil man die Gefahr sehe, dass ortskundige Verkehrsteilnehmer bei Stau bis nach vorne in das künftige Gewerbegebiet fahren und dort wenden würden, um den Stau zu umfahren. Dies könnte durch ein Linksabbiegeverbot in die B 34 verhindert werden. Allerdings werde die Ausfahrt aus dem Zollhof so offen bleiben müssen, dass man sowohl in Richtung Osten, als auch in Richtung Westen ausfahren könne.

Die Behörden würden ihre strenge Haltung damit begründen, dass es weiterhin möglich sein müsse, zurückgewiesene LKW's aus der Schweiz, welche die Zollanlage nicht verlassen dürften, über die vorhandene Ausfahrt nach links Richtung Schweiz zurück zu leiten.

Diese strenge Behördenvorgabe wirke sich auf eine mögliche Entwicklung auf der Südseite der B 34 insofern aus, als die Abwicklung des Verkehrs nur über den bestehenden Knoten an der Zollstraße in Frage kommen könne. Deshalb sei die Entwicklung eines künftigen Gewerbegebiets zusätzlich noch an die Zollstraße angeknüpft, was die Gesamtsituation nicht leichter machen würde.

a) Antrag auf Sperrung der Zollstraße

Herr Wahl stellt die von ihm durchgeführte Untersuchung einer Zuflussregelung in die Ortsdurchfahrt Zollstraße Bietingen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor, welche zum Protokoll genommen wird.

Herr Gemeinderat Graf ergänzt, dass es bei seinem Antrag nicht nur um die Zollstraße, sondern auch um die Dorfstraße gehen würde. Denn Bietinger Bürger, die in der Schweiz arbeiten, würden über die Dorfstraße fahren. Deshalb ließe sich der Ziel- und Quellverkehr durch eine alleinige Sperrung der Zollstraße nicht wesentlich beeinflussen.

Als nächstes spricht Herr Graf die Ampelsteuerung an. Dort würde jeder Pendler durch Abbiegevorgänge in beide Richtungen eine Ampelschaltung auslösen. Diese Ampelschaltungen würden den Stau auf der B 34 dann noch verstärken.

Er befürchte, das Gleiche könnte an einer Pförtnerampel passieren. Auch diese werde zu 100 % schalten, so dass sich die Gesamtsituation dadurch kaum verbessern würde.

Herr Wahl und der Vorsitzende bestätigen, immer die gesamte Ortsmitte von Bietingen im Blick zu haben, wenn von der Zollstraße gesprochen werde. Eine Alternative zur großen Ampelkreuzung sieht der Vorsitzende in einer Aufreihung von Spuren, verbunden mit einem Umbau des Knotens.

Herr Gemeinderat Muffler mahnt davor, die Auswirkungen des Verkehrs in Richtung Westen nicht zu vergessen, weil es dort vor allem morgens, wenn Schulkinder unterwegs seien, Probleme gebe. Ob eine zusätzliche Fahrspur die richtige Lösung wäre, wage er zu bezweifeln. Vielmehr müsse es Ziel sein, den LKW-Verkehr stringent zu führen bzw. zu lenken, damit keine LKW's mehr auf die PKW-Spur ausweichen könnten.

Herr Wahl erklärt, baulich wäre es zwar möglich, die Trennung zwischen PKW- und LKW-Spur so zu gestalten, dass diese nicht mehr überfahren werden könnte. Allerdings seien Leerfahrzeuge im Transitverkehr berechtigt, die linke Spur zu benutzen.

Der Vorsitzende erinnert an frühere Gespräche mit den verantwortlichen Behörden. Seitens der Gemeinde habe man die Forderung aufgestellt, dass sich auch der Transitverkehr hinten anstellen müsste. Allerdings hätten alle Beteiligten hiervor gemahnt, weil sie befürchtet hätten, dann jeden Tag einen Rückstau zu provozieren.

Auf Schweizer Seite sei nun eine dritte Abfertigungskabine genau aus diesem Grund gebaut worden. Sollte man die Transitspur tatsächlich aufgeben wollen, wäre diese dritte, neu gebaute Kabine unnötig. Das Problem komme von LKW-Fahrern, welche in ihren Fahrzeugen eingeschlafen seien. Diese stehenden LKW's müssten dann von den nachfolgenden Fahrzeugen umfahren werden.

Herr Gemeinderat Fix stellt die Frage, wie man jenem Verkehr begegnen wolle, welcher sich von Navigationsgeräten durch den Ort leiten ließe und am Ende der Zollstraße nicht weiterkäme. Er befürchte, dass die Linde beim Gasthaus „Kranz“ in der Dorfstraße dann zum Wendepunkt werden könnte.

Herr Wahl erwidert, es seien eher die Ortskundigen, welche durch Bietingen fahren würden und nicht die Fremden mit Navigationsgeräten.

Herr Gemeinderat Fix hält es für nicht zumutbar, dass die Bietinger Bürger gezwungen würden, in den Stau hinein zu fahren, wenn es zu Fehlleitungen im Tunnel kommen würde.

Der Vorsitzende stellt die Frage nach möglichen Alternativen, denn bei einer Vollsperrung der Zollstraße müssten die Bietinger ebenfalls durch den Tunnel in den Stau fahren, ohne dass sie alternativ die Möglichkeit hätten, an einer Ampel zu stehen.

Herr Gemeinderat Graf ist der Meinung, es wäre falsch, die Linksabbiegerspur in der Zollstraße zu sperren.

Weiter stellt er die Frage, ob man für den Rechtsabbieger beim Lidl überhaupt noch eine Ampelschaltung brauchen würde, wenn dort nur noch das Rechtsabbiegen ermöglicht würde.

Herr Wahl erklärt, man würde die Ampelsteuerung für den von der Autobahn kommenden Linksabbieger wahrscheinlich weiterhin benötigen. Dennoch würde es helfen, die dortige Situation zu entzerren, wenn man vom Lidl kommend nur noch rechts abbiegen dürfte.

Herr Wahl stellt zusammenfassend fest, es gebe leider keinen Königsweg, der alle Wünsche befriedigen könnte. Jede Variante bringe auch immer Nachteile mit sich.

Der Vorsitzende erinnert an eine frühere Überlegung, auf eine Ampelregelung für das Linkseinbiegen aus Richtung Autobahn zu verzichten. Seinerzeit habe man einen Versuch unternommen und die Linksabbiege-Steuerung ausgeschaltet. Prompt habe sich ein Unfall ereignet, so dass man zum Ergebnis gekommen sei, die Ampelregelung an dieser Stelle sei notwendig.

Herr Gemeinderat Muffler hat den Eindruck, die von Herrn Wahl vorgeschlagene Variante 1 scheine einer Problemlösung am nächsten zu kommen. Er warte nun gespannt auf das Votum der Bürger.

Frau Gemeinderätin Bronke stellt die Frage, weshalb man an der Ampelkreuzung anstatt einer Ampelregelung nicht einfach einen Kreisel bauen könnte.

Der Vorsitzende erinnert daran, auch diese Forderung bei der damaligen Straßenplanung erhoben zu haben. Allerdings habe man sich nicht gegen die Behörden durchsetzen können. Heute sei man sich nicht mehr sicher, ob der Bau eines Kreisels tatsächlich besser gewesen wäre. Die Erfahrung zeige nämlich, dass der Verkehr aus dem Tunnel dann jeweils bei der Einfahrt in den Kreisel abbremsten und abwarten müsste, ob das sich im Kreisel befindliche Fahrzeug eventuell nicht geradeaus, sondern weiter Richtung Ortsmitte fahren wolle. Dies würde dazu führen, dass der Verkehr die aus dem Tunnel herausführende Steigung noch schlechter bewältigen könnte als jetzt, wo man während der Grünphasen wenigstens durchgehend beschleunigen könne.

Anschließend stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeinderatssitzung zu unterbrechen. Das Gremium ist hiermit einverstanden. Die Bürger haben nun die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Frau Gschwendtner aus der Zollstraße befürchtet ein Ausbremsen des Verkehrs durch die vorgeschlagene Pfortnerampel. Gleichzeitig würde die Raserei zunehmen, weil nach der Wartezeit bei „Grün“ alle schnell durchstarten würden, um die verlorene Wartezeit wieder aufholen zu können. Außerdem sei mit zusätzlichen Abgasen und Lärm zu rechnen, wenn vor der Pfortnerampel mit laufenden Motoren gewartet würde. Zudem befürchtet sie einen Rückstau in das neue Gewerbegebiet durch eine neue Bedarfsampel.

Herr Wahl erklärt, es komme nur dann zum Schleichverkehr, wenn es im Tunnel einen Stau geben würde. So lange der Verkehr durch den Tunnel fließe, würden nur sehr wenige Fahrzeuge in den Ort abbiegen. Diese wenigen Fahrzeuge würden, aufgrund der sehr geringen Frequenz, dann durch die Pfortnerampel auch nicht ausgebremst werden.

Herr Schelle könnte sich vorstellen, dass es am wirksamsten wäre, in der Zollstraße eine „7 km/h-Zone“ einzurichten und diese, falls möglich, noch mit einer fest installierten Radarkontrolle auszustatten.

Herr Wahl erklärt, man müsste schauen, auf welcher Länge man eine solche Zone einrichten würde. Berücksichtigt werden müsste, dass nur einseitig Gehwege vorhanden seien. Allerdings hätte die Straße

eben nicht exakt die Qualität einer Einwohner- bzw. Spielstraße. Prinzipiell hält er den Vorschlag aber für überlegenswert, weshalb er beim nächsten Behördengespräch diskutiert werden sollte. Der Vorsitzende bedankt sich für die Anregung und sagt zu, dieses Thema aufzugreifen.

Eine weitere Anwohnerin der Zollstraße schlägt vor „Durchfahrt verboten“-Schilder aufzustellen und Schwellen zur Verringerung der Geschwindigkeit anzubringen. Herr Wahl vertritt die Auffassung, die Ortsdurchfahrt sei eigentlich bereits jetzt für Raser unattraktiv. Selbstverständlich könnte sie noch unattraktiver gestaltet werden.

Der Vorsitzende warnt vor Schwellen, weil sie durch das Abbremsen, Überfahren und Beschleunigen eine große Lärmbelastung mit sich bringen würden. Zu den „Durchfahrt verboten“-Schildern weist er auf die Überwachungsproblematik hin. Wie wollte man vorgehen, falls ein Fahrer glaubhaft versichern würde, in der Zollstraße jemanden besuchen zu wollen. Insofern scheidet der Vorschlag „Einwohnerstraße“ aus.

Herr Joos aus der Dorfstraße hat beobachtet, dass die LKW's nur dann die falsche Spur benutzen würden, wenn sich ein sehr langer Rückstau, beispielsweise bis zum Hohentwiel-Tunnel gebildet hätte. Wenn die LKW's auf ihrer Spur Platz hätten, dann würden sie dort auch bleiben. Deshalb sollte vor und nach dem Tunnel Platz für die LKW's geschaffen werden. Grundsätzlich komme die Problematik daher, dass die Zunahme des Verkehrsaufkommens von allen Planern unterschätzt worden sei. Herr Wahl gibt zur Antwort, dass das in der Schweiz herrschende Nachtfahrverbot die Ursache des Problems sei. Die LKW-Fahrer wollten am Morgen eben direkt in der Abfertigungsschlange stehen und nicht auf der Seite parken, weil sie einen Zeitverlust befürchten würden.

Der Vorsitzende erklärt, durch das Gewerbegebiet eine weitere Stauspur anbieten zu wollen. Dies wäre dann die vierte Parkplatzerweiterung. Allerdings habe er Zweifel daran, ob es richtig wäre, Bietingen ringsum mit Parkplätzen zuzupflastern. Danach kommt er auf die in ihren Fahrzeugen schlafenden LKW-Fahrer zu sprechen. Man habe hierfür leider keine Lösung, da der Polizeiposten Gottmadingen keine Kapazitäten frei habe und der Zoll nicht zuständig sei.

Herr Hafner aus der Zollstraße schlägt vor, die Grün- und Rotphasen an der Lidl-Ampel zu verlängern. Insgesamt empfindet er aber die zu hohe Geschwindigkeit des Schleichverkehrs als Hauptproblem. Obwohl in der Zollstraße die Vorfahrtsregelung „rechts vor links“ gelte, würde sich niemand daran halten. Vielleicht würde es etwas nützen, wenn Haltebalken auf den von rechts einmündenden Straßen aufgebracht würden. Vor allem aber sollten verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Seines Wissens habe es seit der Tunnelöffnung erst eine Kontrollaktion gegeben.

Zum Vorschlag, die Grün- und Rotphasen an der Lidl-Ampel zu verlängern, erklärt der Vorsitzende, man habe dies bereits einmal gemacht. Wahrscheinlich könnte man versuchen, die Phasen noch weiter auszuweiten. Die Bietinger müssten es dann aber ertragen, beim Einmünden länger anzustehen. Zu den geforderten Geschwindigkeitskontrollen werde man beim Landratsamt anregen, verstärkt mobil zu kontrollieren.

Herr Wahl kommt auf die vorgeschlagene Verlängerung der Grün- und Rotphasen zu sprechen. Er informiert darüber, dass die maximale Umlaufzeit zwei Minuten betragen würde. Die zulässige Mindestzeit der Grünphasen dürfe einen Zeitrahmen von fünf bis zehn Sekunden nicht unterschreiten.

Frau Gemeinderätin Graf verweist auf den fest installierten „Blitzer“ in der Schlachthausstraße in Singen. Sie plädiert dafür, auch in der Zollstraße ein solches Radargerät aufzustellen. Der Vorsitzende könnte sich angesichts der besonderen Situation in Bietingen sogar vorstellen, über ein fest installiertes Blitzgerät nachzudenken. In Gottmadingen hingegen würde man Wünsche nach festen Radarfallen eher ablehnen. Zu fest installierten Radarfallen ergänzt Herr Wahl, dass diese nur punktuell aufgestellt werden dürften.

Frau Perez aus der Hohackerstraße stellt fest, dass die Hohackerstraße mittlerweile zu einer Hauptstraße geworden sei. Aber gerade dort seien viele Kinder unterwegs. Die LKW's würden die Straße als Umleitungs- und Wendestrecke missbrauchen. Verstärkt werde das Problem durch die Aufspaltung bzw. Teilung der Straße in Hohackerstraße und in Gottmadinger Straße. Denn beide Schleichweg-Varianten würden genutzt.

Ein anderer Bürger beklagt, die LKW-Fahrer würden rücksichtslos die Fahrspur wechseln. Er habe als Rollerfahrer schon einige gefährliche Situationen erlebt. Er könnte sich vorstellen, dass die Errichtung einer Leitplanke von der Ampelanlage bis zum Kreisverkehr an der Autobahnabfahrt die Situation verbessern könnte.

Der Vorsitzende bedankt sich für diese Anregung und sagt eine Überprüfung zu.

Eine Anwohnerin der Zollstraße empfindet die „Tempo 30“-Kennzeichnung der Zollstraße als schlecht erkennbar. Die Schilder seien oft zugewachsen und die Markierung auf der Fahrbahn sei mittlerweile schlecht lesbar und sollte deshalb erneuert werden.

Herr Harder aus der Zollstraße befürchtet eine weitere Verschlechterung der Situation durch die Schaffung des geplanten Gewerbegebiets, weil dieses zusätzlichen Verkehr auslösen würde. Die Installation einer Pfortnerampel hält er für eine gute Lösung. Er würde es auch begrüßen, wenn die eingezeichneten Parkbuchten in der Zollstraße öfter benützt würden. Teilweise seien sie aber selten beparkt. Eventuell könnten feste Installationen für Abhilfe sorgen.

Dem widerspricht eine andere Bürgerin, welche sich darüber beschwert, dass sogar auf den Sperrflächen geparkt wird.

Der Vorsitzende beendet, mit Einverständnis des Gremiums, die Unterbrechung der Gemeinderatssitzung. Er bittet die Gemeinderatsmitglieder um Aussprache.

Herr Gemeinderat Muffler glaubt, als Hauptthema die Begrenzung der Geschwindigkeit herausgehört zu haben. Obwohl er die Einrichtung einer Pfortnerampel weiterhin für sinnvoll halte, würde er angesichts der Äußerungen der Bürgerschaft zunächst versuchen, mit einem fest installierten Blitzer zu beginnen und abzuwarten, wie sich die Situation entwickle.

Für diese Wortmeldung erhält Herr Gemeinderat Muffler Beifall aus der Bürgerschaft.

Herr Gemeinderat Graf gibt zu bedenken, dass jede Maßnahme die Auswärtigen und die Einheimischen gleichermaßen treffen würde. Ziel müsse es sein, die Fremden aus den Ortsstraßen herauszuhalten. Um dieses Ziel verwirklichen zu können, müssten die Bietinger eben Beschränkungen akzeptieren. Er würde ebenfalls zunächst mit der geforderten Tempokontrolle beginnen und als zweiten Schritt versuchen, die Ampelphasen zu verlängern.

Es müsse gelten, einerseits die Attraktivität der Schleichwege zu verringern und andererseits für einen besseren Verkehrsfluss auf der B 34 zu sorgen. Leider habe man aufgrund der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums keine Möglichkeiten, in den Verkehrsfluss auf der B 34 einzugreifen.

Zu den Planungsüberlegungen für das neue Gewerbegebiet fordert Herr Gemeinderat Graf, intensiv darüber nachzudenken, ob es möglich wäre, die Einfahrt so zu gestalten, dass kein Schleichverkehr entstehen könnte.

Frau Gemeinderätin Bronke stellt die Frage, wie es sein könne, dass eine Bundesstraße dazu missbraucht werde, im Fahrzeug zu schlafen. In anderen Ländern funktioniere die Überwachung besser, so z. B. am Gotthard-Tunnel. Deshalb müsste eine landesweite Regelung geschaffen werden.

Der Vorsitzende erklärt, leider nirgendwo Verbündete für die Durchführung von Kontrollen auf der Autobahn zwischen Stuttgart und Geisingen zu finden. In der Schweiz hingegen herrsche bei diesem Thema landesweit Einigkeit.

Herr Gemeinderat Muffler empfindet es als vorschnell, bereits heute eine Entscheidung treffen zu wollen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, zur zweiten April-Sitzung schon eingeladen zu haben. Deshalb könnte die Thematik dann erst wieder im Mai beraten werden.

Er schlägt dem Gemeinderat vor, die Verwaltung damit zu beauftragen, gemeinsam mit Herrn Wahl zu untersuchen, welche Vorschläge technisch umsetzbar seien und welche Kosten es verursachen würde, ein festes Blitzgerät aufzustellen.

Der Gemeinderat wünscht eine Ergänzung dahingehend, im Zusammenhang mit den Tempokontrollen zu untersuchen, ob auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 7 km/h möglich wäre.

Der Vorsitzende erklärt, diesen Auftrag gerne mitnehmen zu wollen, allerdings werde für eine solch umfangreiche Prüfung die Zeit bis zur Mai-Sitzung nicht ausreichen.

Frau Gemeinderätin Kipker-Preyß liegt der Wunsch der Bürger nach einer Optimierung der Ampelsteuerung am Herzen. Es sollte unbedingt überprüft werden, was rechtlich zulässig sei.

Der Vorsitzende erklärt, sich diese Forderung ohnehin bereits notiert zu haben. Leider habe man spontan nicht parat, welche Umlaufzeiten jetzt eingestellt seien, nachdem man die Phasen bereits einmal verlängert habe. Man werde den Gemeinderat aber auch hierüber informieren.

Frau Gemeinderätin Graf plädiert dafür, die beiden Themenbereiche getrennt zu untersuchen und nicht zu verknüpfen. Die Einrichtung von „Tempo 30“ in Kombination mit einer dauerhaften Radarüberwachung wäre aus ihrer Sicht schon ausreichend, so dass man nicht gleich bis auf 7 km/h reduzieren müsste. Deshalb sollte die Geschwindigkeitsbeschränkung in Kombination mit einer Geschwindigkeitsüberwachung für 7 km/h und 30 km/h separat untersucht werden.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass ein fest installierter „Blitzer“ verkehrsrechtlich angeordnet werden müsste. Leider habe es der Landkreis Konstanz so geregelt, dass die Gemeinden für die entstehenden Kosten aufkommen müssten und dem Landkreis die Einnahmen zustehen würden.

Frau Gemeinderätin Bronke bittet darum, auch das angesprochene Aufstellen von Betonkübeln in der Zollstraße mit in die Diskussion zu nehmen.

Herr Wahl weist darauf hin, dass in Notfällen eine Tunnelumfahrung gefahrlos gewährleistet sein müsse. Deshalb wäre genau zu prüfen, ob und gegebenenfalls wo Betonkübel platziert werden könnten.

Der Vorsitzende ergänzt, dies müsse sensibel diskutiert werden.

Abschließend fasst der Vorsitzende den Diskussionsverlauf nochmals kurz zusammen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung erhält folgende Prüfaufträge:

- Können die Ampelphasen optimiert bzw. verlängert werden?
- Ist es möglich, Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte in der Ortsdurchfahrt (Zollstraße, Dorfstraße, Hohackerstraße) fest zu installieren? Falls ja, wo wäre der richtige Standort zur Installation eines solchen Geräts?
- Können „Tempo 7“-Zonen eingerichtet werden, z. B. an Stellen, die für Kinder besonders gefährlich sind?

b) Situation Stockenweg

Herr Wahl erläutert die Problematik mit dem ruhenden Schwerverkehr im Bereich des Stockenweges anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche dem Protokoll beigefügt ist.

Zum vorgeschlagenen Höhenportal informiert der Vorsitzende darüber, bereits Gespräche mit den beiden hiervon, aufgrund deren Anlieferungsverkehr, betroffenen Gewerbebetrieben in puncto und Lidl geführt zu haben. Die Firma in puncto hätte keine Probleme mit einem solchen Portal, die Firma Lidl habe allerdings kategorisch abgelehnt. Er schätze es als sehr schwierig ein, nochmals versuchen zu wollen, hierüber weitere Verhandlungen mit Lidl zu führen.

Letztlich habe die Verwaltung keine Ideen mehr, wie man die Situation dort verbessern könnte.

Auch Herr Gemeinderat Muffler weiß nicht weiter. Sämtliche von Herrn Wahl aufgezeigten Lösungen würden ihm nicht zusagen. Letztlich sehe er auch die Menschen hinter dem LKW-Lenkrad, welche ihre Arbeit verrichten müssten.

Der Vorsitzende verweist auf durchgeführte Polizeikontrollen. Leider sei die Einsicht der LKW-Fahrer nicht sehr groß. Laut einer Aussage der Zollbehörden würden lediglich 10 % der LKW-Fahrer deutsch und nur 20 % englisch sprechen. Bei Speditionen aus dem östlichen Ausland würde das Landratsamt ein Bußgeldverfahren früher oder später meist einstellen.

Herr Gemeinderat Graf erinnert daran, dass alle Bietinger den Lidl-Markt gefordert hätten. Es könne dann eben nicht sein, dass die Fremden dort nicht einkaufen dürften. Für ihn stünden die durch die LKW's verursachten Schäden an Straßenlaternen, Bäumen und am Wendehammer im Vordergrund. Man könne aber nicht einfach alles abriegeln. Es sei auch ein gewisser Vorteil, als Bietinger sofort auf eine Autobahn fahren zu können.

Der Vorsitzende unterbricht mit Einverständnis des Gemeinderats die öffentliche Gemeinderatssitzung erneut. Die Bürgerschaft hat wieder die Möglichkeit, direkt Fragen zu stellen.

Herr Bohnenstengel aus der Hohackerstraße könnte sich vorstellen, parallel zur Hohackerstraße entlang des Gebäudes von in puncto casa eine durchgehende Straße zu bauen, damit die LKW's dort parken könnten. Letztlich müsste man den Fahrern eine Parkmöglichkeit anbieten.

Der Vorsitzende hält die Kosten für den Bau einer solchen Straße für unverhältnismäßig hoch. Im Übrigen wäre es fraglich, ob die Straße überhaupt genehmigt würde, da sie außerhalb des Flächennutzungsplangebiets liegen würde.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Untersuchungsergebnis von Herrn Wahl wird zur Kenntnis genommen.

Man ist sich darüber einig, mit diesem Missstand leben zu müssen, weil die aufgezeigten Änderungsmöglichkeiten nicht überzeugend sind. Trotzdem wird die Verwaltung beauftragt, im jetzt praktizierten Umfang, der Entwicklung weiterhin Beachtung zu schenken. Darüber hinaus gehende Maßnahmen werden aber nicht unternommen.

- 3. Lärmaktionsplan Gottmadingen**
 - a) Ziele des Lärmaktionsplans**
 - b) Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung**
 - c) weiteres Vorgehen**
-

Herr Wahl verweist auf die ausgehändigte Vorlage und stellt den Lärmaktionsplan anhand einer PowerPoint-Präsentation vor, welche dem Protokoll beigelegt ist.

Herr Gemeinderat Dreier wundert sich darüber, dass auf der L 190 im Bereich des Löhrens an der Ortsein- bzw. Ortsausfahrt kein Lärmschwerpunkt in der Karte vermerkt ist, obwohl es dort aufgrund der Topographie zwangsläufig in beiden Fahrtrichtungen laut sein müsste. Im Gegensatz hierzu sei im Bereich des Alten Zolls ein Lärmschwerpunkt vermerkt, was ihm nicht schlüssig erscheine.

Herr Wahl sagt eine Überprüfung zu. Eventuell könnte es mit dem Berechnungsverfahren zusammenhängen.

Nach dem Vortrag von Herrn Wahl stellt der Vorsitzende zusammenfassend fest, es gehe heute darum, eine Temporeduzierung in Randegg und Gottmadingen sowie ein Nachtfahrverbot durch Gottmadingen für LKW's zu beschließen. Denn jetzt habe man endlich die Chance, die alten und zu Recht bestehenden Forderungen zu untermauern.

Herr Gemeinderat Gassner stellt die Frage, ob sich aufgrund der vorgestellten Ergebnisse die Chancen erhöhen würden, ein LKW-Nachtfahrverbot durchsetzen zu können.

Herr Wahl beantwortet diese Frage mit einem eindeutigen „ja“.

Herr Gemeinderat Graf gibt zu bedenken, dass sich durch die für Gottmadingen angedachten Maßnahmen die Verkehrsströme nur verlagern würden. Er könnte sich vorstellen, dass ein solches Vorgehen dem Verbot des „St. Florian-Prinzips“ widersprechen würde und somit nicht umsetzbar wäre.

Der Vorsitzende erklärt, genau deshalb als nächsten Schritt eine Abwägung über die Wirkungsanalyse durchführen zu müssen. Im Prinzip ähnele das Verfahren einem Bebauungsplanverfahren mit der Anhörung Träger öffentlicher Belange.

Herr Gemeinderat Graf ergänzt, falls ein Verstoß gegen das „St. Florian-Prinzip“ ein „K.O.-Kriterium“ sein sollte, bräuhete man das Verfahren gar nicht erst weiter fort zu führen, weil sich der Verkehr schließlich nicht in Luft auflösen ließe.

Herr Wahl weist auf die sehr nahe Autobahn hin, weshalb er gute Chancen sehe, die Forderungen durchsetzen zu können.

Herr Gemeinderat Muffler kommt auf die vorliegende schriftliche Stellungnahme der Anlieger der Rußlerstraße zu sprechen und bittet um Auskunft über das weitere Vorgehen.

Der Vorsitzende stellt fest, die maßgeblichen Lärmgrenzen würden in Bietingen nicht überschritten. Deshalb werde man die Stellungnahme zwar an die Straßenverkehrsbehörden weiterleiten können, aber es werde nicht viel nützen. Bislang habe man noch nichts geschrieben.

Herr Gemeinderat Dreier plädiert dafür, alle drei bei den schalltechnischen Wirkungsanalysen von Herrn Wahl aufgezeigten Maßnahmen zu untersuchen, also eine Beschränkung auf 30 km/h, eine lärmoptimierte Fahrbahn und ein LKW-Nachtfahrverbot. Die vor einigen Jahren in der Gottmadinger Ortsdurchfahrt durchgeführte Zählung sei nicht qualifiziert gewesen und das Verkehrsaufkommen hätte sich zwischenzeitlich wahrscheinlich bereits wieder erhöht.

Herr Gemeinderat Ruf stellt die Frage, ob sich aufgrund der Supermärkte und des Dreischicht-Betriebs z. B. bei Constellium, ein Nachtfahrverbot für LKW's überhaupt umsetzen ließe.

Der Vorsitzende erklärt, ein Nachtfahrverbot im Ortskern würde ausreichen, um das Durchfahren zu verhindern. Es wäre dann trotzdem möglich, den Ort aus Richtung Westen und Osten anzufahren.

Frau Gemeinderätin Kipker-Preyß stellt die Frage, wie man nun praktisch am besten vorgehen würde. Sie möchte wissen, ob es sinnvoll wäre, mit jener Maßnahme zu beginnen, die sich am leichtesten durchzusetzen ließe.

Dies wird vom Vorsitzenden verneint. Um keinen Abwägungsfehler zu begehen, müssten alle Möglichkeiten untersucht werden.

Der Gemeinderat fasst mit 17 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Büro Rapp Trans AG wird damit beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte, wie vorgetragen durchzuführen. Hierbei handelt es sich um

- die schalltechnischen Wirkungsanalysen (Auftragssumme 5.700,00 € zuzüglich Mehrwertsteuer)**
- die Modellabschätzung verkehrsverlagernder Maßnahmen (Auftragssumme 4.150,00 € zuzüglich Mehrwertsteuer)**
- den Entwurf des LAP, förmliche Beteiligung (Auftragssumme als Ergänzungsauftrag 9.850,00 € zuzüglich Mehrwertsteuer).**

4. Baugebiet „Hinter den Gärten“

Herr Steinbrenner stellt erste Überlegungen zum Bebauungsplan anhand einer PowerPoint-Präsentation vor, welche zum Protokoll genommen wird. Der Gemeinderat diskutiert anschließend über diesen Vorschlag für eine städtebauliche Umsetzung eines Baugebietes „Hinter den Gärten“.

Herr Gemeinderat Gassner hält die Überlegungen auf den ersten Blick für grundsätzlich gut. Eventuell sollte man darüber nachdenken, die Häuserzeile in der zweituntersten Reihe anders zu planen, weil sich die Gärten jetzt im Norden befinden würden und am Hang gelegen seien.

Herr Steinbrenner weist darauf hin, dass man es wider Erwarten nicht mit einer Hanglange zu tun hätte. Auch ein Garten im Norden werde von Osten und Westen ausreichend besonnt. Im übrigen habe ein Garten, der von der Straße abgeschottet sei, eine gewisse Qualität. Dennoch wäre es sicher denkbar, hier nochmals weitere Überlegungen anzustellen. Ebenso halte er es für vertretbar, bei den vier außen liegenden Gebäuden Flachdächer zuzulassen.

Herr Gemeinderat Gassner empfindet weiter die Schaffung eines Dorfplatzcharakters mit einer verdichteten Bebauung als eine gute Lösung. Wie Herr Steinbrenner könnte er sich ebenfalls punktuell Flachdächer vorstellen, aber keine zwischen den Steil- und Flachdächern liegenden Dachneigungen.

Herr Gemeinderat Muffler bedankt sich bei der Verwaltung für den Vorschlag und freut sich auf die Umsetzung des für Bietingen notwendigen Neubaugebiets.

Herr Gemeinderat Eberhard Koch bittet darum, zu erläutern, welche Bedeutung die dunkelgrün dargestellten Flächen hätten.

Herr Steinbrenner erklärt, die dunkelgrünen Flächen würden zwar im Geltungsbereich des Bebauungsplans liegen, aber nicht überbaubar sein.

Herr Gemeinderat Eberhard Koch vermisst eine fußläufige Verbindung zur Ortsmitte.

Herr Steinbrenner erklärt, bislang in Gesprächen mit den Grundstückseigentümern leider keine Chance gehabt zu haben, den hierfür notwendigen Grunderwerb zu tätigen.

Frau Gemeinderätin Kiper-Preyß empfindet das Bild mit den einheitlich steilen Dächern als schön, weil es einen dörflichen Charakter vermittele. Dieser sollte nicht durch städtisch wirkende Flachdächer aufgerissen werden.

Frau Gemeinderätin Bronke verweist an die negativen Erfahrungen mit den vorgeschriebenen Hecken im Gebiet Margrafenstraße. Sie stellt die Frage, ob man trotzdem wieder ein Pflanzgebot vorschreiben wolle. Zu den Haus- und Dachformen vertritt sie die Auffassung, jeder Bauherr sollte die Möglichkeit haben, sich in gewisser Weise auch selbst zu verwirklichen und die eigenen Vorstellungen einzubringen.

Herr Steinbrenner weist darauf hin, dass Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden müssten. Die vorgeschlagenen Hecken würden die Funktion einer Ausgleichsmaßnahme erfüllen. Sie seien alle Mal schöner als Zäune. Denn Hecken würden dem Gebiet einen gewissen Charakter verleihen und eine schöne Abgrenzung des privaten Raums vom öffentlichen Bereich darstellen. Zumindest entlang der „Hauptstraße“ würde er deshalb dafür plädieren, ein entsprechendes Pflanzgebot für einheimische Hecken vorzuschreiben. So könnte gewissermaßen als „Klammer“ ein gemeinsamer Rahmen geschaffen werden.

Der Vorsitzende hat den Eindruck, hier hinsichtlich der Vorgaben einen vernünftigen Mittelweg gefunden und aus den Fehlern im Baugebiet „Im Täschen“ gelernt zu haben.

Herr Steinbrenner ergänzt, nur das Baufenster und die Dachform vorgeben zu wollen. Letztlich habe ein Neubaugebiet am Ortsrand aber auch eine gewisse Außenwirkung, welche nicht vernachlässigt werden sollte. Deshalb sollten nicht zu viele Gestaltungsfreiheiten eingeräumt werden.

Auch Herr Gemeinderat Graf empfindet es als gut, wenn ein Neubaugebiet als solches erkennbar sei und ein Gesicht habe. Dennoch gelte es, einen vernünftigen Kompromiss zwischen Individualität und Konformität zu finden. Auch er halte eine fußläufige Verbindung zur Ortsmitte für wünschenswert. Herr Steinbrenner zeigt anhand des Plans auf, wo er sich einen solchen Fußweg vorstellen könnte.

Der Vorsitzende erklärt zum weiteren Ablauf, die Verwaltung werde die heute vorgestellten Überlegungen präzisieren und in den Ausschuss für Technik und Umwelt zur weiteren Beratung einbringen. Bis dahin würden die heutigen Anregungen in die Planung eingearbeitet.

5. Fragestunde

a) Lärmaktionsplan – Stellungnahme der Anlieger Rußlerstraße

Herr Egger aus der Rußlerstraße kommt auf die zuvor schon kurz angesprochene Stellungnahme der Anlieger der Rußlerstraße zurück. Er erklärt, es wäre bereits einiges erreicht, wenn die Prallwand endlich dauerhaft begrünt würde.

Der Vorsitzende sagt zu, diesen Vorschlag nochmals aufzugreifen. Allerdings seien auch viele Pflanzen bereits eingegangen, weil die Wuchsbedingungen an der Lärmschutzwand sehr schlecht seien. Dennoch sei das Anliegen der Anlieger berechtigt und verdiene Unterstützung.

b) Vermüllung der Zollstraße durch Hinterlassenschaften der LKW-Fahrer

Herr Harder aus der Zollstraße beklagt die zunehmende Vermüllung durch die von LKW-Fahrern zurück gelassenen Abfälle. Zudem würden die Fahrer ihre Notdurft auch auf privaten Grundstücken verrichten.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die auf Schweizer Seite neu gebaute dritte Abfertigungskabine im Untergeschoß Sanitäranlagen enthalten würde. Eventuell könnte sich die Situation hierdurch etwas verbessern. Allerdings hätten die Behörden immer damit argumentiert, keine WC's bauen zu wollen, damit die Fahrer ihre Fahrzeug nicht verlassen würden. Denn es habe sich ja gezeigt, dass durch abgestellte LKW's weitere Probleme entstehen würden.

c) Fußweg zwischen Rathaus und Braigenweg

Ein Bürger kommt auf den Fußweg zum Kindergarten über den Platz hinter dem Rathaus zu sprechen. Dort würden im Straßenbereich größere Steine liegen, über welche man, gerade bei Dunkelheit, stolpern könne. Es sei hier schon zu gefährlichen Situationen gekommen. Der Platz sollte mit Kalksplitt

eingeebnet und verdichtet werden. Eventuell wäre es zusätzlich hilfreich, die ersten zwei Meter noch anzuteeren.

Der Vorsitzende bedankt sich für diese Meldung und sagt eine Überprüfung durch das Tiefbauamt zu.

6. Verschiedenes, Wünsche, Anträge

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Gottmadingen, 9. April 2014
Re-swik

Der Vorsitzende:

Die Urkundspersonen:

Der Schriftführer: